

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 65. Ratssitzung vom 21. Oktober 2015

1342. 2015/82

Postulat von Sven Sobernheim (GLP) und Markus Baumann (GLP) vom 18.03.2015:

Einführung von «Shared-Desk»-Arbeitsplätzen anstelle von persönlichen Arbeitsplätzen an den neuen Verwaltungsstandorten

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Sven Sobernheim (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 805/2015): Die Mehrheit des Gemeinderats hat Vorstösse überwiesen, die bessere Möglichkeiten für Teilzeitarbeit fordern. Mehr Teilzeitarbeit hat zur Folge, dass die Arbeitsplätze immer schlechter ausgelastet sind. Die Stadt Zürich soll von ihren Teilzeitangestellten als Gegenleistung den Verzicht auf einen eigenen, persönlichen Arbeitsplatz verlangen. Durch das Teilen von Arbeitsplätzen können Kosten und Raum gespart werden. Weniger Flächenverbrauch ist ganz im Sinn der 2000-Watt-Gesellschaft. Es ist schleierhaft, wie die Grüne-Fraktion angesichts der ökologischen Vorteile einen Ablehnungsantrag stellen konnte. Unter einem «Shared-Desk» würde niemand leiden. Beispiele aus der Privatwirtschaft zeigen, dass «Shared-Desks» nicht an bisherigen Standorten eingeführt werden sollten, aber das will unser Postulat auch gar nicht. Wenn man den Umzug in ein neues Bürogebäude in Angriff nimmt und die Arbeitsplätze neu strukturiert, soll man «Shared-Desks» in Betracht ziehen. Es handelt sich um eine fortschrittliche Büroorganisationsform, mit der viel erreicht werden kann.*

***Katharina Prelicz-Huber (Grüne)** begründet den von Karin Rykart Sutter (Grüne) namens der Grüne-Fraktion am 8. April 2015 gestellten Ablehnungsantrag: Auch wenn wir nichts gegen flächeneffiziente Arbeitsplätze haben, lehnen wir die absolute Formulierung des Postulats – «keine persönlichen Arbeitsplätze mehr» – ab. Die Grünen finden verschiedene Formen von Arbeitsplätzen in der Stadtverwaltung sinnvoll. Das ehemalige System ist sicher nicht die einzig gute Variante, sondern muss erweitert werden. Bei Umbauten oder Umzügen tut die Stadt Zürich genau das, sodass das Postulat eigentlich überflüssig ist. Schon heute macht man sich viele Gedanken, wie sich mehrere Leute einen Arbeitsplatz teilen können. Die Postulanten müssten einmal die unterschiedlichen Studien zu diesem Thema lesen. Es sind nun einmal nicht alle Menschen flexible Wandervögel. Um sich wohlfühlen und gute Arbeit leisten zu können, brauchen manche Personen einen festen Arbeitsplatz, den sie nach ihren eigenen Vorstellungen einrichten können. Schon in einem Grossraumbüro können manche nicht mehr die volle Leistung erbringen. Zudem ist der Mensch bis zu einem gewissen Grad ein Gewohnheitstier, das gleichbleibende Abläufe braucht. Und: «Shared-Desk» sowie auch Homeoffice haben den grossen Nachteil, dass sich die Arbeitnehmenden weniger mit dem Arbeitgeber verbunden fühlen und identifizieren, wodurch unter Umständen weniger Engagement und damit weniger Leistung resultieren kann.*

Weitere Wortmeldungen:

Stephan Iten (SVP): Die Postulanten wollen, dass «nur noch sogenannte ‹Shared-Desk› und keine persönlichen Arbeitsplätze mehr zum Einsatz kommen». Bei Vollzeitangestellten wird «Shared-Desk» aber sicher nicht zum Einsatz kommen können. «Shared-Desk» wird in der Privatwirtschaft wie auch in der Stadtverwaltung bereits erfolgreich angewendet, dafür braucht es kein Postulat. Weil der Verwaltungsapparat der Stadt Zürich seit mehreren Jahren immer grösser wird, ist der Stadtrat ohnehin zu solchen Massnahmen gezwungen. Die Stadt Zürich muss sich also so oder so Gedanken über die Nutzung von Büroflächen machen. Auch die Büroflächenvorgaben für Vorgesetzte in der Stadtverwaltung sollten einmal überprüft werden, und auch die Stadträte könnten ihre Büros teilen, schliesslich sind auch sie nicht immer an ihren Arbeitsplätzen. Selbst die Gemeinderäte teilen ihre Arbeitsplätze: mit den Kantonsräten. Wir von der SVP sind für Effizienz und haben sinnvolle Sparmassnahmen immer unterstützt. Mit diesem Postulat, das nur aus vier Sätzen besteht, kann der Finanzplan 17.0 noch lange nicht erreicht werden, aber es ist immerhin einmal ein Schritt in die richtige Richtung. Die SVP unterstützt das Postulat.

Andrea Leitner Verhoeven (AL): In unseren Augen ist das Postulat begrenzt arbeitnehmerfreundlich; «Shared-Desk» ist vor allem sehr arbeitgeberfreundlich. Geeignet ist es vor allem für Leute, die nur wenig Präsenzzeit am Arbeitsort haben und hauptsächlich elektronisch arbeiten. Wer einen Vollzeitjob hat, wozu eigentlich auch eine 80 %-Stelle zählt, soll Anrecht auf einen fixen Arbeitsplatz haben. In diesem Zusammenhang darf man auch die Privatsphäre nicht unterschätzen. Konsequenterweise umgesetzt bedeutet «Desk-Sharing», dass es weniger Arbeitsplätze als Personal gibt. Von den Mitarbeitern wird im Extremfall verlangt, dass sie sich täglich auf einen Sesseltanz einlassen, was Stress und sinnloses Wettbewerbsdenken verursacht. Diese Art von Extramotion mag – wie auch die damit verbundenen Einsparungen – im Sinn des Arbeitgebers sein, nicht aber im Sinn des Arbeitnehmers oder der Arbeitnehmerin. Diese arbeiten dann lieber zu Hause, wo sie allerdings ihre eigene Büroinfrastruktur brauchen und damit wiederum den Arbeitgeber entlasten. Ausserdem braucht es dafür Buchungssysteme, die eine grössere Kontrolle erfordern und mehr Aufwand verursachen. «Shared-Desk» ist eine gute Option, aber sicher nicht in dieser Ausschliesslichkeit. Mischformen ergeben sich aus der Praxis, insofern erscheint eine Einmischung des Gemeinderats fraglich.

Renate Fischer (SP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Wir möchten gerne den letzten Satz ergänzen: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei neuen Verwaltungsstandorten mehrheitlich nur noch sogenannte «Shared-Desk» und keine persönlichen Arbeitsplätze mehr zum Einsatz gekommen, wenn in der Abteilung Home-Office oder Teilzeitarbeit verbreitet sind.» Über das Konzept von «Shared-Desk» haben wir bereits am 24. Juni 2015 diskutiert. Damals ging es vor allem um (Energie-)Kosteneinsparungen und reduzierten Flächenverbrauch. Es lässt sich aber nicht alles eins zu eins umsetzen, vor allem nicht im Fall von bestehenden Bürogebäuden mit gegebenen Grundrissen. Man darf aber auch die Menschen nicht vergessen; die Bedürfnisse in

Bezug auf den Arbeitsplatz sind – auch je nach Stellenprofil – unterschiedlich. Die Mitarbeitenden müssen bei der Umsetzung von «Shared-Desk» mit einbezogen werden; die Arbeitsplatzqualität muss stimmen. Es gibt nicht in jeder Abteilung viele Teilzeitarbeitsplätze, und nicht überall wird Homeoffice angeboten. Dort, wo das aber der Fall ist, soll «Shared-Desk» vermehrt eingesetzt werden können. Die Verknüpfung zwischen den angebotenen Arbeitszeitmodellen und dem «Shared-Desk»-Konzept ist so wichtig, dass sie im Postulatstext aufgeführt werden muss.

Karin Weyermann (CVP): *Die meisten Argumente wurden schon genannt. Die CVP wird dem Postulat zustimmen. Die kritisierte Absolutheit lesen wir nicht aus dem Text heraus. Es heisst «mehrheitlich nur noch sogenannte Shared-Desk», und der Teil «und keine persönlichen Arbeitsplätze mehr» ist mehr als Gegenteil zu «Shared-Desk» zu verstehen und nicht als völligen Ausschluss von persönlichen Arbeitsplätzen. Die Idee ist ein Systemwechsel; der Grundsatz soll «Shared-Desk» sein, auf persönliche Arbeitsplätze soll nur in begründeten Ausnahmen gewechselt werden. Die Menschen sind verschieden, aber sie können sich bis zu einem gewissen Grad an unterschiedliche Bedingungen gewöhnen. Die Textänderung geht etwas zu wenig weit, denn «Shared-Desk» wäre auch für Arbeitsbereiche möglich, in denen weder Teilzeitarbeit noch Homeoffice, dafür aber viele externe Sitzungen üblich sind.*

Michael Baumer (FDP): *Ich bin erstaunt, dass ein solches Postulat in der heutigen Zeit überhaupt noch nötig ist. Man kann nicht den Fünfer und das Weggli haben: Neben Teilzeitarbeit und Homeoffice kann man nicht auch noch einen ständigen Einzelarbeitsplatz für sich beanspruchen. Das ist finanziell und räumlich auch gar nicht möglich.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Der Stadtrat hat ein neues Bürokonzept für die Stadt Zürich beschlossen, in dem alle diese Aspekte thematisiert werden. Den genannten Bedenken wurde bei der Erarbeitung des Konzepts natürlich Rechnung getragen. Ab nächster Woche kann auf das Konzept zugegriffen werden. In diesem Sinn ist das Postulat schon fast erfüllt, der Stadtrat ist aber gerne bereit, es – auch mit der Textänderung – entgegenzunehmen. Im Geschäftsbericht wird er dann auf das Bürokonzept verweisen.*

Stephan Iten (SVP): *Die SVP unterstützt die Textänderung der SP.*

Sven Sobernheim (GLP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei neuen Verwaltungsstandorten mehrheitlich nur noch sogenannte „Shared-Desk“ und keine persönlichen Arbeitsplätze mehr zum Einsatz gekommen, wenn in der Abteilung Home-Office oder Teilzeitarbeit verbreitet sind.



4 / 4

Das geänderte Postulat wird mit 90 gegen 18 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat